Redaktion von R. Hahn,
Druck und Verlag von R. Graßmann,
Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr
Annahme: Kirchplatz 3 und
Schulzenstraße 17 bei O. H. T. Poppe.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr.
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 232. Abendblatt. Sonnabend, den 22. Mai 1869.

Norddeutscher Reichstag.

43. Sitzung am 21. Mai.

Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung um $11\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Tische der Bundeskommissare: Präsident Delbrück, Geheimer Finanzrath Burghardt ꝛc. Später Graf Bismarck.

(Die Tribünen sind überfüllt.)

Die Abgg. Lewald und Hüffer sind in das Haus eingetreten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußabstimmung über das Wahlgesetz für den Reichstag des norddeutschen Bundes. Das Gesetz wird definitiv angenommen.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelssachen.

Abg. **Windthorst** (Meppen) beantragt die Aussetzung dieser Abstimmung bis dahin, daß ein Etat über die Kosten vorliege, welche die Einsetzung des Gerichtshofes erfordere. Er motivirt diesen Antrag durch Hinweis auf die gestern eingegangene Denkschrift des preußischen Finanzministers. Der Antrag wird abgelehnt, der Gesetzentwurf definitiv angenommen.

Dritter und vierter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung über die Gesetz-Entwürfe, betr. die Besteuerung der Schlußscheine und betreffend die Besteuerung des Braumalzes.

Auf Antrag des Abg. **Lasker** wird die Diskussion beider Gesetz-Entwürfe mit einander verbunden.

Der Bundeskommissar Geh. Ober-Finanz-Rath **Burghardt** rechtfertigt zur Einleitung der Berathung die erste Vorlage vom Standpunkte der Stempelgesetzgebung aus und weist demnächst darauf hin, daß eine Erhöhung der Steuern eintreten müsse, indem er auf die Denkschrift des preußischen Finanzministers verweist, welche über die Lage der preußischen Finanz-Verhältnisse an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lasse. Der Kommissar geht demnächst näher auf die erste Vorlage selbst ein, er bezeichnet die bisherige Befreiung der Börsengeschäfte als ein thatsächliches Privilegium, welches beseitigt werden müsse und hebt hervor, daß der Zug unserer Zeit entschieden dagegen gehe, daß der Verkehr irgendwie eingeschränkt oder gehemmt werde durch Monopole ꝛc., daß er aber ebenso entschieden dahin gehe, daß die Steuern gerecht vertheilt und nicht vorzugsweise auf den Grundbesitz gelegt werden und sie von den arbeitenden Klassen so viel als möglich fern zu lassen. Die Sache sei ausführbar, das müsse zugegeben werden und der Handelsverkehr sei bisher groß geworden in der süßen Gewohnheit, keine Steuern zu bezahlen. Auswandern werde die Börse nicht, denn unter den österreichischen und anderen Stempelgesetzen werde sie nicht lange verbleiben. Im Ganzen genommen, so schließt der Redner, glaube er, daß die Vorlage von gerechten Gesichtspunkten ausgehe und daß sie dem Zuge der Zeit in politischen Finanzsachen entspreche. Er könne nur empfehlen, die Eventualitäten in Erwägung zu ziehen, denen man entgegen gehe, wenn die Spitze eines indirekten Steuersystems weggebrochen werde. Jedenfalls könne man darauf rechnen, daß, möge diese Vorlage auch als auf Irrthum beruhend beseitigt werden, das Gefühl der gleichmäßigen Belastung in nicht ferner Zeit doch zu der Anerkennung führen werde, daß sie auf einer gerechten Grundlage beruhe.

Abg. v. **Benda** beginnt mit der Erklärung, daß die Aufmerksamkeit sich auf die Frage lenken müsse, ob der Reichstag den Bundesregierungen auf dem Wege folgen könne, den er ihm vorschlage. Die Kalamität datire nach der Denkschrift des Finanzministers aus dem Jahre 1866. Wenn man im Jahre 1866 den Etat schon mit Inangriffnahme von Kapitalbeständen herstellte, so gehöre ein hoher Grad sorglosen Vertrauens in die künftige Entwicklung der Zukunft dazu, wenn man im Jahre 1868 viele Millionen fordere, von denen er sich heute mit einer gewissen Beruhigung sagen könne, daß er gegen dieselben gestimmt habe. Er bestreite nicht die Nothwendigkeit einer wirthschaftlichen Restauration der preußischen Finanzwirthschaft und glaube, daß dieselbe bei ernstem Zusammenwirken zu erzielen sei und er wolle zur Restauration mitwirken, denn das preußische Volk sei zu allen Zeiten bereit gewesen, für den Riß in den Finanzen einzutreten; aber er könne dem Gange, welchen die Regierung vorgeschlagen habe, nicht folgen und zwar nicht prinzipiell, sondern mit Rücksicht auf die augenblickliche Situation; er sehe sich außer Stande, auch nur einer der vorgeschlagenen Steuern zuzustimmen. (Beifall.) Eine solche Restauration lasse sich nur nach Bearbeitung eines festen Planes herstellen. Eine zweite Bedingung, unter der er sich nur entschließen könne, dauernden Steuern, einer dauernden Belastung des Volkes zuzustimmen, sei die Herstellung einer einheitlichen Finanzverwaltung zwischen Preußen und dem norddeutschen Bunde. Eine solche Zersplitterung sei auf die Dauer absolut unmöglich. Steuerreformen erreichten niemals ihren Zweck, wenn sie sich nicht das Vertrauen des Volkes erwürben. Die Losung könne nur die sein, daß der preußische Finanzminister Bundes-Finanzminister werde; das liege in der Natur der Sache und darin liege auch der Schutz der kleineren Staaten. Der Herr Bundeskanzler habe gesagt, es existire ein Bundes-Finanzminister und das sei der Ausschuß des Bundesraths. Er habe die größte Achtung vor den Mitgliedern des Ausschusses, obwohl er sie nicht kenne (Heiterkeit), aber ein französischer Staatsmann sagte einmal: zur Finanz-Verwaltung gehöre nicht das Wissen, sondern es gehöre dazu ein Herz für das Volk und wo solle man dies in einem Ausschusse suchen. Es handle sich hier um ein System, welches lediglich in der Person des Bundeskanzlers beruhe und er wünsche, daß auch künftig jene hartköpfigen Männer sich finden mögen, welche die Erhaltung der Jungfräulichkeit unseres Finanzsystems sich zur Aufgabe machten, das Fundament, auf welchem unser Staatswesen beruhe. Es sei nicht seine Aufgabe, das Verhalten des preußischen Landtages einer Kritik zu unterwerfen, aber das müsse er sagen, daß es richtiger gewesen wäre, daß die Lösung nicht im Reichstage, sondern zuvor im preußischen Landtage versucht worden wäre. Die in der Denkschrift enthaltene Drohung, daß bei Ablehnung der Steuern die dem Volke zu seiner nationalen Wohlfahrt nothwendige Unterstützung werde entzogen werden, wolle er einer Kritik nicht unterziehen. Gehe der preußische Landtag ernst an seine Aufgabe, so werde die Lösung im Reichstage weit leichter.

Bundeskanzler Graf **Bismarck**: Ich will noch nicht auf die Sache selbst eingehen, sondern ergreife nur das Wort, um einen Irrthum des Vorredners zu berichtigen Wenn man die Finanzlage des Staates mit seiner wirklichen Farbe malt, so liegt darin keine Drohung und es ist auch keine Drohung, wenn wir sagen, daß wir nicht mehr ausgeben werden, als uns bewilligt ist, wir werden uns streng an die Bestimmungen der Verfassung halten. Was die vom Vorredner vermißte Einheit zwischen dem preußischen und dem Bundes-Finanzminister anlangt, so ist dieselbe vollständig vorhanden. Es wird keine Vorlage eingebracht, welche sich nicht der Zustimmung des preußischen Finanzministers erfreut und welche nicht durch seine Vorarbeiten entstanden ist. Mit dem Bundeskanzler hat der preußische Finanzminister gar nichts zu thun; ich stehe ihm im gewöhnlichen Leben nicht als Bundeskanzler, sondern als preußisches Mitglied des Bundesraths gegenüber und empfange meine Instruktionen von dem preußischen Finanzminister. (Heiterkeit.) Im Finanzausschusse des Bundesraths sitzen die dem Finanzminister untergeordneten Beamten, die dort seine Intentionen und Ansichten vertreten.

Abg. Graf **Renard** erklärt sich mit wenigen Worten gegen die Vorlagen und schlägt als Aushülfe die Einführung des Tabaksmonopols vor. (Widerspruch.)

Abg. Freiherr v. d. **Heydt**: Der Reichstag habe ein großes Interesse, die Ordnung der Finanzen nicht den Einzellandtagen zu überlassen. Man habe dies auch von vorn herein eingesehen, dem Bunde gemeinschaftliche Einnahmen überwiesen, die Möglichkeit einer direkten Besteuerung ins Auge gefaßt und stets daran gedacht, die Matrikularbeiträge thunlichst einzuschränken. Man könne jede Vorlage als gehässig bezeichnen, es gebe keine Steuervorlage, welche mit Applaus aufgenommen werde. Er könne nur empfehlen, diese Vorlage sachlich zu prüfen und nicht dem Abg. v. Benda darin zu folgen, daß man dieselbe ohne Prüfung zur Zeit zurückweise aus Gründen, die seines Erachtens doch nicht wichtig genug erscheinen, um heute die Schwierigkeit ohne Noth zu vermehren. Wisse man bessere Vorschläge, so möge man sie vorbringen, aber blos die Negative zu ergreifen, erscheine höchst bedenklich. Die preußische Regierung sei unter allen Umständen gewillt, ihren Haushalt in Ordnung zu halten, und nicht mehr Ausgaben zu machen, als ihr Mittel zu Gebote stehen. Und das nenne man eine Drohung. Eine solche zwangsweise Zurückstellung von Ausgaben würde allerdings mit der allergrößten Schädigung der Interessen des Landes verbunden sein und die Denkschrift mußte deshalb ein Bild davon entwerfen. Wie der Bund, so habe auch Preußen eine große Aufgabe zu erfüllen, aber ohne Geld gehe dies natürlich nicht. Er bitte also dringend in eine unbefangene und ruhige Prüfung einzutreten, ob die Vorlagen annehmbar seien; wenn man sage es sei eine ganze Musterkarte von Steuern vorgelegt, so zeige dies den Wunsch der Regierung, überall da, wo es ohne Bedrückung geschehen könne, die Einnahmen zu erhöhen.

Abg. **Waldeck**: So lange der norddeutsche Bund in seiner jetzigen Gestalt existirt, müssen wir an den Matrikular-Beiträgen festhalten. Wir können nicht rütteln an dem Militär-Budget und so lange dies Interimistikum dauert, dürfen wir keine neuen Steuern bewilligen Die Matrikular-Beiträge gehören zum Bunde und da der Bund nur den Vortheil einer gemeinsamen Gesetzgebung darbietet, in Ansehung des übrigen konstitutionellen Lebens aber gar nichts bietet, in Ermangelung eines verantwortlichen Ministeriums auch nichts bieten kann, so können wir uns auf neue Steuern nicht einlassen. Jetzt will man das ganze bewegliche Vermögen benachtheiligen, man will die Spiritus- und Biersteuer erhöhen, wir können dem nicht zustimmen und wir können nichts dagegen thun, aber wir können es hier auf der Tribüne sagen, daß wir das einzige Mittel nur in der Ermäßigung der Militär-Ausgaben sehen. (Sehr richtig!) Es giebt für die Steuerkraft des Volkes nur das eine probate Mittel, die Ausgaben zu vermindern, wenn man die Einnahmen nicht erhöhen kann. Stimmen wir gegen die Vorlage, so wird uns nicht der Vorwurf gemacht werden können, daß wir unser Mandat vernachlässigen.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

□ **Berlin**, 21. Mai. Der Gesundheitszustand des Königs hat sich so weit gebessert, daß derselbe heute die gewöhnlichen Vorträge wieder entgegennehmen konnte. — Vor Kurzem ist von uns darauf hingewiesen worden, daß in Oesterreich selbst anerkannte Finanz-Autoritäten, wie der Hofrath Warens, über den Schwindel, dem sich die Geschäftswelt dort hingiebt, ihr Urtheil gesprochen haben. In ähnlicher Weise hat sich jetzt auch der Abg. Skene im Reichstag bei den Verhandlungen über eine Eisenbahn-Angelegenheit ausgesprochen. Der Abgeordnete legte der Regierung die Schuld bei, durch die von ihr befolgte Eisenbahnpolitik das Gründungsfieber hervorgerufen zu haben. Nur dadurch, daß in dem österreichischen Eisenbahnwesen Vergeudung herrsche, sei jene Ueberreizung entstanden und seien alle Klassen der Gesellschaft von der Gier ergriffen worden, ohne Arbeit reich zu werden. Zahlreiche Gesellschaften seien zwar in der Absicht gegründet, den Verkehr zu heben, die meisten wären aber nur zu dem Zwecke entstanden, keine reellen Geschäfte zu machen, sondern Agiotage zu treiben. Skene warnte schließlich ernstlich vor der Fortdauer dieses Schwindels und wies darauf hin, daß durch Korruptionen noch nie ein Staat regenerirt worden sei. — Die lithographirte „Englische Korresp.“ enthält die falsche Nachricht, daß die Söhne des Grafen Bismarck ihre Studien in Oxford machen werden. Diese beiden jungen Herren haben indessen bereits die Universität Bonn bezogen und nur eine kurze Reise nach England gemacht, was wahrscheinlich zu dem obigen Gerüchte Veranlassung gegeben hat. — Der Finanzminister v. d. **Heydt**, der in der heutigen Sitzung des Reichstags bei der Generaldebatte über die Börsen- und Braumalzsteuer gleichfalls das Wort nahm, sagte u. A. er wünsche nicht, daß der Reichstag die Vorlagen unbedingt ablehne, da sonst bei Ablehnung der Steuern die untern Klassen zur direkten Steuer mehr herangezogen werden müßten. Hierzu mag zur Erläuterung noch bemerkt werden, daß falls das Defizit durch einen Zuschlag zur Klassen- und Einkommensteuer gedeckt werden soll, nicht blos ein Zuschlag von 50 pCt. nöthig sein, sondern daß diese Last überwiegend auf die untern Klassen fallen würde, da die größte Hälfte des Ertrags durch die Klassensteuer, die von den unbemittelten Ständen getragen wird, einkommt. Gleichzeitig mag hier bemerkt werden, daß die Börsensteuer vom Volke als die geeignetste Steuer angesehen wird, insofern sie nur die Spekulation oder das Kapital trifft. Bekanntlich sind aber die meisten liberalen Blätter gegen die Börsensteuer. Es geht auch daraus wieder hervor, wie schlecht die liberale Presse die Interessen des Volkes vertritt und wie sehr dieselbe im Dienste des Kapitals und der höhern Industrie sich befindet. Das Publikum wird hoffentlich immer mehr zur Erkenntniß in dieser Hinsicht kommen. — Der Leitartikel der letzten „Provinzial-Correspondenz“ über die Steuervorlagen hat die Oppositionsblätter wieder sehr in Harnisch gebracht, was in sofern immer als ein gutes Zeichen anzusehen ist, als dann anzunehmen, daß die Ausführungen des halbamtlichen Blattes sehr gut und treffend sind und die Pläne der Opposition bei ihrem Parteitreiben sehr unangenehm durchkreuzen. Ueber den Artikel der „Prov.-Corr.“ hat sich diesmal selbst die „Schlesische Ztg.“ echauffirt und namentlich auch an deren „patriarchalischen Ton Anstoß genommen, der sich wohl den Lesern eines Kreisblatts, aber nicht den Mitgliedern des norddeutschen Reichstags gegenüber empfehlen möchte“. Man sieht daraus, wie arm man an eigentlichen Argumenten gegen den Artikel ist. Der Vorwurf, welcher der „Prov.-Corr.“ hier gemacht wird, ist im Grunde nur ein sehr günstiges Zeugniß für sie. Die „Prov.-Corr.“ will und soll eben die Aufgabe haben, die politischen Fragen in populärer Weise für das große Publikum, namentlich für die ländliche Bevölkerung, von der sie gern und sehr viel gelesen wird, zu behandeln; als offiziöses Organ für den Reichstag ist sie andrerseits allerdings nicht begründet, doch ist immerhin zu wünschen, daß sie ihren Einfluß auf denselben nicht verfehlen möge. Auch die „Spen. Ztg.“ enthält übrigens heute einen sehr guten Leitartikel über die Steuervorlagen, worin sie allen Parteien zur Pflicht macht, eine solide Grundlage der Bundesfinanzen und damit des Bundes im Ganzen und Großen überhaupt zu schaffen, damit derselben nach Innen und Außen seine Aufgabe erfüllen, nach Innen sich konsolidiren und nach Außen eine Achtung gebietende Stellung einnehmen könne. — Der Minister des Innern hat an die Regierung zu Schlesien eine eingehende Instruktion erlassen, welche Bezug auf die Einführung der schleswig-holsteinschen Städteordnung hat. Nach den Weisungen dieses Erlasses sollen die städtischen Kollegien vor Allem mit möglichster Beschleunigung über die zur Einführung des Gesetzes nöthigen statutarischen Festsetzungen und die etwa erforderlichen Uebergangsbestimmungen Beschluß fassen. Dagegen sollen Aenderungen, soweit sie durch die Einführung des neuen Gesetzes nothwendig sind, und Neubesetzungen von Magistratsstellen erst nach Einführung des Gesetzes mit den neu konstituirten Kommunal-Kollegien bewirkt werden. In den Städten, wo jetzt noch besondere Abgaben für den Erwerb des Bürgerrechts erhoben werden, sollen diese Abgaben sofort nach Einführung des Gesetzes in Wegfall kommen. — Eine Uebersicht des Waaren-Durchganges in sämmtlichen Staaten des Zollvereins während des Jahres 1867 läßt sehr deutlich erkennen, daß der Durchgangsverkehr ein nur unbedeutender ist, was offenbar seinen Grund darin hat, daß der Handelsgeist im Zollvereine sich des Zwischenhandels zwischen seinen Grenznachbarn bemächtigt hat. Der Waarendurchgang beschränkt sich zum Theil auf solche Straßen, für welche der Weg durch den Zollverein ein kürzerer, als der über die unmittelbaren Grenzen gehende ist, zum Theil auf Rohprodukte und Halbfabrikate, welche von den Fabriken des Auslandes und den Produktions-Ländern selbstständig bezogen werden. Für den ersten Fall ist besonders der Verkehr zwischen Frankreich und Belgien anzuführen, der für bestimmte Gegenden beider Länder seinen Weg über das Zollvereinsgebiet nimmt, weil er der billigste ist. Der Waarenverkehr in Oesterreich ist sogar hin und wieder angewiesen, den Weg durch den Zollverein zwischen gewisse Gegenden Oesterreichs zu nehmen: Für den zweiten Fall ist der Bezug von Baumwolle als Rohprodukt und Halbfabrikat, von unbearbeiteten Tabaksblättern ꝛc. über die Nordseehäfen für österreichische Fabriken hervorzuheben. Als ein Belag wie groß der Zwischhandel im Zollverein ist, kann eine Vergleichung des Durchgang-Verkehrs von Getreide mit dem Eingange dieses Artikels dienen. Der gesammte Durchgang von Getreide betrug etwas über 2 Mill. Scheffel, während der Eingang sich auf mehr als 35 Mill. Scheffel belief, welche und noch mehr wieder ins Ausland versandt wurden, wobei noch hervorzuheben ist, daß fast der gesammte Getreide-Durchgang sich zwischen Frankreich und Belgien bewegt. — Nach einem Berichte aus dem Reg.-Bez. Frankfurt hat der Ertrag der Rübenzuckerfabriken des Oderbruches, welche im Februar und März ihre diesmalige Arbeits-Periode geschlossen haben, den Erwartungen nicht entsprochen, weil die feuchte Witterung die eingemieteten Rüben auswachsen ließ, was einen Verlust am Zuckergehalt herbeigeführt hat. Von dem aus Kartoffelstärke im preußischen Staate während des letzten Jahres produzirten Zucker und Syrup kommt mehr als die Hälfte auf die Fabrikation im Reg.-Bez. Frankfurt

Berlin, 22. Mai. Se. Maj. der König befindet sich, wie am 21. von Schloß Babelsberg gemeldet wird, auf dem Wege der Besserung und hatte auch während der Nacht einen ruhigen Schlaf. Unter den Gästen, welche der König im Laufe des Vormittags empfing, befanden sich der Oberhof- und Hausmarschall Graf Pückler, der Chef des Civil-Kabinets v. Mühler, welcher die Reise nach Kissingen wegen seiner Verabschiedung bis zum Abend aufgeschoben hatte. Hierauf folgten die gewöhnlichen Vorträge und fand das Diner um 4 Uhr statt.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz kehrte gestern Nachmittags 4 Uhr in Begleitung des Obersten v. Wichmann, des Hauptmanns v. Unruh, des Adjutanten Hauptmanns v. Jasmund von der Inspektionsreise in Pommern nach Berlin zurück, begab sich vom Küstriner nach dem Potsdamer Bahnhofe, empfing dort den Geheimrath Friedberg, mit welchem er eine lange Besprechung hatte, und reiste um 7 Uhr nach Potsdam weiter. Abends stattete der Kronprinz auf Schloß Babelsberg einen Besuch ab.

— Wie bedeutend die Verwaltungsgeschäfte beim hiesigen Polizeipräsidium heranwachsen, dürfte daraus zu bemessen sein, daß während des vorigen Jahres 165,980 bei den verschiedenen Abtheilungen eingegangene Sachen zur Bearbeitung vorlagen, worunter ungefähr ein Zehntel landespolizeiliche Interessen berührte, die übrigen Num- aber lokale Angelegenheiten betrafen.

— Bei Gelegenheit der Vorstellung der Feuerwehr ist von Seiten des Vorstandes der deutschen Lehrer-Versammlung eine Sammlung veranstaltet, die einen Ertrag von 40 Thaler ergeben hat, welche der Königin-Augusta-Stiftung für die Feuerwehr zugewiesen worden sind. Ein hübsches Beispiel des Eindrucks, welchen unsere Feuerwehr auf die zahlreich versammelten Gäste gemacht hat.

— Die Königliche Regierung hat, wie die „Sp. Ztg.“ meldet, den Lehrer-Konferenzen ihres Bezirks für

das laufende Jahr zunächst die Beschäftigung mit den neuen Maßen und Gewichten empfohlen, und wann und wie mit dem betreffenden Unterricht in der Volksschule vorzugehen sein wird. „Die Lehrer werden sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, den augenfälligen Beweis zu liefern, daß die Schule dem Leben vorarbeitet und zur Beseitigung der Schwierigkeiten, welche sich der Einführung des neuen Maßes und Gewichtes vielfältig entgegenstellen werden, rechtzeitig mit allem Eifer und in wirksamer Weise die Hand zu bieten." Eine zweite Aufgabe betrifft den Zeichenunterricht in der Volksschule, eine dritte die Frage: Wodurch lassen sich körperliche Bestrafungen der Schüler vermindern oder ganz beseitigen, ohne die Schulzucht zu lockern. Auf den Schlußsatz wird dabei besonderes Gewicht gelegt.

— Um einen Ueberblick über die jetzt portofrei beförderte Amtskorrespondenz, die künftig eine portopflichtige werden wird, zu gewinnen, wird seit Dienstag bis heute (Freitag) Mittag 12 Uhr bei den hiesigen Postannahmestellen die Zahl der ausgelieferten Amts-Korrespondenzstücke gezählt. Dieses Zählungsgeschäft wird wohl auch den anderen Bundes-Postannahmestellen obliegen.

— Für den Stadttheil jenseit des Kanals, welcher durch die Ausdehnung des Weichbildes Berlins, so wie durch die Anlegung neuer Straßen u. s. w. sich im Laufe der letzten Jahre erheblich erweitert hat, ist jetzt, wie wir hören, in Folge vielfacher Petitionen nunmehr die Konzession zur Errichtung eines neuen Theaters ertheilt worden.

Kiel, 20. Mai. Das „Kieler Korrespondenzblatt" berichtet: Kapitän z. S. Henk behält das Kommando der Panzerfregatte „König Wilhelm" bis zu ihrer Außerdienststellung im Herbst d. J. und tritt dann in seine frühere Stellung als Dezernent im Marineministerium zurück. — Heute Abend verlassen die beiden Bundes-Avisos „Grille" und „Adler" den Hafen und gehen nach Heppens; auf dem „Adler" sind die beiden Musikkorps der Marine und des Seebataillons eingeschifft. Dasselbe Schiff nimmt außerdem das von der Panzerfregatte „Wilhelm" mitgebrachte Königsboot an Bord. (Die Ankunft Sr. Maj. des Königs in Heppens ist jetzt auf den 3. Juni festgesetzt. — Die Panzerfregatte „Prinz Friedrich Karl" wird morgen unter Kommando des Kapitäns z. S. Klatt in Dienst gestellt; als erster Offizier wird der Korvetten-Kapitän Ulffers fungiren. Mit diesem Schiffe ist die diesjährige Indienststellung der Bundes-Kriegsschiffe beendet. — Die Panzerfregatte „König Wilhelm" wird nicht nach Heppens gehen, da die Ausrüstung bis zu dem bestimmten Termine nicht hergestellt werden kann; dieselbe wird sich aber an den Mannövern in der Nord- und Ostsee betheiligen.

Flensburg. „Obschon eine bestimmte Ordre noch nicht vorligt, wird es doch als ziemlich sicher angesehen, daß zum 1. Oktober d. J. außer der Uebersiedelung des Stabs nebst dem Musikkorps vom 84. Infanterie-Regiment nach Schleswig auch das hieselbst garnisonirende Magdeburger Dragoner-Regiment Nr. 6 nach dem früheren Garnisonsort zurückverlegt und die in den alten Provinzen dienenden Schleswig-Holsteiner in die Provinz zurückgeführt werden, letzteres behufs Bildung neuer Schleswig-Holsteiner Kavallerie-Regimenter." — Wir bemerken hierzu, daß die Mittheilung über das 85. Regiment seine vollständige Richtigkeit hat, und daß die betreffende Ordre bereits vollzogen ist; was dagegen das in Flensburg garnisonirende Magdeburgische Dragoner-Regiment Nr. 6 und die in den alten Provinzen dienenden schleswig-holsteiner betrifft, so sind dies Maßnahmen, welche sich vielleicht in mehreren Jahren effektuiren lassen.

Flensburg, 19. Mai. Die „Fl. Nd. Z." berichtet: In der Tuchfabrik von Jens Buntzen explodirte heute der Dampfkessel und obgleich dies während der Frühstückzeit der Arbeiter geschah, so daß sich nicht viele derselben in der unmittelbaren Nähe des Kessels und in den über denselben befindlichen Räumen befanden, so ist doch bereits der Tod von vier Menschen zu beklagen. Drei Frauen wurden als verstümmelte Leichen aus dem Schutte des zusammengestürzten Gebäudes herausgezogen und eine vierte starb, nachdem ihr im Lazareth ein Bein amputirt worden war. Außerdem erhielten noch zehn Menschen zum Theil sehr gefährliche Verletzungen. Der Heizer, der sich oben auf dem Kessel befand, und einige Arbeiter litten durch Verbrühungen. Der mit 12 Pferdekraft arbeitende Dampfkessel, welcher aus der Fabrik von Piedboef in Aachen stammt, ist erst vor vier Jahren neu angeschafft, er wurde in 3 Stücke gerissen.

Frankfurt a. M., 20. Mai. Gestern früh 9 Uhr traf Se. Königliche Hoheit der Prinz Karl von Berlin hier ein und wurde auf dem Main-Weser-Bahnhofe von dem Divisions-Kommandeur General-Lieutenant v. Boyen, dem Kommandanten General v. Frankenberg und dem Polizeipräsidenten v. Madai empfangen. Se. Königl. Hoheit setzte nach eingenommenem Dejeuner die Reise nach Wiesbaden fort, woselbst der Prinz eine vierwöchentliche Badekur gebrauchen wird. — Der Plan, zwei Kasernen in Bockenheim (eine Kavallerie- und eine Infanterie-Kaserne) zu bauen, und zwar auf einem 30 Morgen großen Terrain an der Rödelheimer Chaussee, ist seiner Realisirung einen Schritt näher gekommen, indem die betreffenden Grundbesitzer aufgefordert wurden, ihre Forderungen für das zu benutzende Gelände einzureichen. Dieselben verlangen durchschnittlich 1500 Gulden für den Morgen.

Baruth, 19. Mai. Heute Nachmittag 5 Uhr bewegte sich ein großer Leichenzug von dem Gräfl. Schlosse aus durch unsere Stadt der Stadtkirche zu. Die Leiche der Gemahlin unseres allgemein hochgeehrten Herrn Grafen, Gräfin Ida zu Solms-Baruth, geb. Gräfin v. Wallwitz, welche von ihrer langjährigen schweren Krankheit am ersten Pfingstfeiertage durch einen sanften Tod erlöst war, wurde in der in der hiesigen Stadtkirche befindlichen Familiengruft feierlich beigesetzt. Außer den theilweise entfernt wohnenden Kindern und Verwandten hatten sich auch viele auswärtige befreundete Personen zur Theilnahme an der ernsten Feier eingefunden, und durch die Theilnahme der Stadtbehörden, der Geistlichen und Lehrer aus der Umgegend, der Schützengilde, der übrigen Bürgerschaft, viele Personen aus den zur Herrschaft Baruth gehörigen Dörfern, aus Golßen und Casel und einer großen Zahl von Damen und Frauen, war der Leichenzug ein großartiger geworden. „Sie sind selig zu preisen, die geduldet haben" — das schöne Wort hörten wir am Sarge vor dem Altar von dem Geistlichen.

Hamburg, 21. Mai. Bei der in heutiger Sitzung der Bürgerschaft stattgehabten Wahl zum Senat an Stelle des zurückgetretenen Senators Müller fielen 54 Stimmen auf Dr. Schröder, 31 Stimmen auf Dr. Sieveking; im Ganzen waren 115 Mitglieder anwesend. Da somit eine absolute Majorität nicht erzielt worden war, wurde beschlossen, dem Senate anzuzeigen, daß eine gültige Wahl nicht zu Stande gekommen sei. Der Präsident, welcher bereits Dr. Schröder als gewählt proklamirt hatte, erklärte sich dagegen.

Dresden, 21. Mai. Das Finanzministerium hat den Besuchern des am 13. und 14. Juni d. J. in Chemnitz stattfindenden Feuerwehrtages, welche sich durch Karten des Lokal-Comité's als Feuerwehrmänner, Gemeindevertreter oder als Aussteller von Feuerwehr-Geräthschaften legitimiren, eine Fahrpreisermäßigung auf den sächsischen Staatseisenbahnen bewilligt.

Sigmaringen, 18. Mai. Kürzlich sind die beiden hohenzollernschen Straf- und Korrektionsanstalten zu einer Anstalt vereinigt worden, indem nach Vollendung des Umbaues der bisherigen Weiber-Gefangenen-Anstalt zu Habsthal zu einer gemeinschaftlichen Anstalt für beide Geschlechter die in der Anstalt zu Hornheim inhaftirten männlichen Sträflinge und Korrektionäre nach Habsthal transportirt worden sind. Die Gebäude der ersteren Anstalt, das ehemalige Schloß Hornstein, Stammsitz der Familie gleichen Namens, sollen demnächst zum Verkaufe kommen.

München, 19. Mai. In Betreff der in diesem Jahr zu München zu veranstaltenden internationalen Kunstausstellung sind folgende Bestimmungen erlassen: Die Ausstellung wird im Königlichen Glaspalaste abgehalten, beginnt Mitte Juli 1869 und dauert bis Ende Oktober. Es werden Werke eingeladener Künstler aller Länder angenommen aus dem Gebiete der Malerei, Skulptur, Architektur, Kupferstecherkunst und Lithographie. Ausgeschlossen bleiben Kopieen, Photographien und andere auf mechanischem Wege erzeugte Werke. Die Zusendungen sollen bis Anfang Juli erfolgt sein und wird um vorhergehende vor Ende Mai portofrei an das Comité für die internationale Kunstausstellung in München zu richtende Anzeige gebeten, welche Namen, Wohnort, so wie die Bezeichnung des auszustellenden Kunstwerkes, und, ist dasselbe verkäuflich, auch die Preisangabe zu enthalten hat. Das Comité übernimmt die Kosten des Hin- und Rücktransportes, ausgenommen Post- und Eilgutsendungen, welche nur franko angenommen werden. Spesen werden nicht vergütet. Bei Gegenständen, deren Gewicht 3 Centner übersteigt, ist vorhergehende Anfrage nöthig. Zum Zwecke des Ankaufes von Kunstwerken veranstaltet das Comité eine Lotterie. (Das Nähere über die Verpackung ꝛc. bringt eine längere Bekanntmachung in Nr. 115 des „Staatsanzeigers.")

München, 21. Mai. Das Endresultat der Abgeordnetenwahlen ist folgendes: Die Wahlbezirke Kitzingen, Amberg, Forchheim, Neustadt an der Saale und Regen wählten 3 Kandidaten der Fortschrittspartei, 4 der Mittelpartei, 8 Ultramontane. Das Gesammtergebniß der Landtagswahlen ist demnach, daß 77 der liberalen und 77 der klerikalen Partei Angehörige gewählt sind.

Ausland.

Wien, 21. Mai. Ueber die angeblichen Judenvertreibungen aus rumänischen Dorfgemeinden, welche gestrige Abendblätter melden, sind bis jetzt offizielle Meldungen hier nicht eingetroffen.

Brüssel, 21. Mai. Die Deputirtenkammer hat mit großer Stimmenmehrheit die Vorschläge betreffs Abschaffung der Konskription verworfen. — Langrand-Dumonceau hat die Liquidation seiner Kreditanstalten durch den Prinzen von Thurn und Taxis ankündigen lassen.

London, 19. Mai. Aus Dublin wird telegraphirt, daß im irischen Kanal, nahe bei den Copeland-Inseln, ein Zusammenstoß zwischen zwei Dampfern stattfand. Der Dampfer „Lord Gough" von Glasgow auf dem Wege nach Dublin fuhr gegen den „Marquis of Abercorn", welcher mit einer Anzahl Passagiere und einer vollen Ladung Schlachtvieh auf dem Wege von Dublin nach Glasgow war. Passagiere und Mannschaft des „Marquis of Abercorn" wurden durch den „Lord Gough" gerettet, das Vieh aber ging mit dem ersteren Schiffe zu Grunde.

Newyork. Hiesige Blätter sprechen von einer Heirath zwischen Madame Lincoln, der Wittwe des Präsidenten Abraham Lincoln und dem Grafen Schmitzville, Oberkammerherrn des Großherzogs von Baden.

Pommern.

Stettin, 22. Mai. Se. Majestät der König hat eine von der Militär-Medizinal-Abtheilung des Kriegsministeriums entworfene neue „Instruktion über das Sanitätswesen der Armee im Felde" Allerhöchst zu genehmigen geruht, wodurch das bisher gültige Reglement über den Dienst der Krankenpflege im Felde vom 17. April 1863 außer Kraft tritt.

— Wie verlautet, wird die Frau Kronprinzessin einen Theil des Sommers hindurch in dem Schlosse zu Freienwalde a. O. residiren.

— Die in dem Protokolle vom 11./14. dieses Mts. formulirten Vorschläge der Königlichen Staats-Regierung in der hiesigen Festungsangelegenheit gehen in Kürze dahin: 1) Das disponibel werdende Festungsterrain, etwa 581 Morgen im Kommunalbezirk Stettin, 112 Morgen im Kommunalbezirk Damm, zusammen 693 Morgen, wovon jedoch der Militärfiskus 70 Morgen sich reserviren müßte, also 623 Morgen der Stadt zu überlassen, wovon nach Abzug von rund 223 Morgen zu Straßen, Plätzen ꝛc. noch etwa 400 Morgen als Baustellen verwerthet werden könnten. Dabei würde die Stadt ein sehr gutes Geschäft machen, denn statt der früher herausgerechneten 4 Millionen würden dafür mindestens $5\frac{1}{3}$ Millionen Thaler zu erzielen sein. Gehe aber die Stadt auf Uebernahme des ganzen Umschlag-Geschäftes ein, so würde trotzdem Fiskus seine Forderung von überhaupt 7 Millionen nicht steigern; um den Betrag des Mehrerlöses würden jedoch die durch Kommunal-Leistung aufzubringenden 3 Millionen sich vermindern „und solchergestalt der in diesem Sinne bei den Verhandlungen von 1865 Seitens der Stadt gemachte Vorbehalt in gewünschter Weise sich erledigen." Dann heißt es weiter: „Dem beiderseitigen Interesse würde es entsprechen, wenn die Stadt Stettin auch das im Gemeindebezirk von Damm disponibel werdende Festungsterrain gleichmäßig mit übernähme. Es könnte ihr alsdann überlassen bleiben, ihrerseits mit der Kommune Damm sich auseinanderzusetzen. Andernfalls würde à conto der Stadt Stettin von den 7 Millionen nur so viel abgehen, als von der Kommune Damm für das dorthin zu überlassende, im Verkaufswerthe weit geringer anzuschlagende Terrain billigerweise zu fordern resp. zu erlangen wäre. Die Herstellung der Straßen, Plätze und sonstigen öffentlichen kommunalen Anlagen auf den abzutretenden Flächen würde selbstverständlich auf eigene Kosten der betreffenden beiden Kommunen zu bewirken sein." 2) Geht die Stadt auf Punkt 1 ein, so hat sie sich zu verpflichten, die 7 Millionen in bestimmt festzusetzenden Terminen zu entrichten. „Im Fall die Terrainübernahme abgelehnt werden sollte, würde diese Verpflichtung nur auf Höhe von 3 Millionen Thalern zu übernehmen sein. Die Zahlungstermine werden noch besonders zu vereinbaren sein, doch ist davon auszugehen, daß die ganze Kapitalsumme binnen sechs, spätestens sieben Jahren berichtigt sein muß." 3) „Mit der Ueberweisung der Festungswerke an die Stadt resp. deren Niederlegung wird im Allgemeinen nur in dem Maße vorgegangen werden können, als die Ausführung der Ersatzbauten fortschreitet. Es wird jedoch darauf Bedacht genommen werden, der Stadt möglichst bald eine ausreichende Baufläche zu überweisen und dem Verkehr größere Freiheit zu gewähren. Die näheren Festsetzungen hierüber, sowie über die Beibehaltung resp. Verlegung der auf dem Festungsterrain vorhandenen, militär-fiskalischen Gebäude werden getroffen werden, sobald die Stadt einen Bebauungsplan über die ihr abzutretenden Flächen aufgestellt haben wird und diesen zur Genehmigung der zuständigen Staatsaufsichtsbehörde gebracht haben wird. Die Terminal-Zahlungen werden mit den zu überweisenden Terrain-Abschnitten in ein angemessenes Verhältniß gesetzt werden." Wie die Stadt das Geld aufbringen will, hat sie zunächst selber zu beschließen, Seitens der Staatsaufsichtsbehörde soll jede nöthige und gesetzlich zulässige Mitwirkung bereitwilligst gewährt werden. „Nicht minder aber wird daran festgehalten werden müssen, daß lediglich die Kommune das dem Staate wegen Erfüllung der unter 2) bezeichneten Verpflichtungen direkt verhaftete Rechtssubjekt beibt." Ist der Finanzplan von der Staatsbehörde genehmigt und ausführbar gefunden, so soll der Vertrag definitiv abgeschlossen und Sr. Majestät des Königs Schlußentscheidung über Genehmigung und Ausführung desselben eingeholt werden.

— Nach dem neuesten „Milit.-Wochenbl." ist: Sonnenberg, Hauptm. in der 2. Art.-Brig., zum Battr.- resp. Komp.-Chef ernannt, Picht, Wittcke, Pr.-Lts. in ders. Brig., sind zu Hauptl., letzterer als überzählig, Ristow, Sek.-Lt. in ders. Brig., zum Pr.-Lt., befördert, Resener, Hauptm. von der Art. des Ref.-Landw.-Bats. Berlin Nr. 35, in das Ref.-Landw.-Bat. Stettin Nr. 34, Rump, Sek.-Lt. von der Art. des 2. Bats. (Schneidemühl) 3. pomm. Landw.-Regts. Nr. 14, in das 2. Bat. (Borken) 5. westph. Landw.-Regts. Nr. 53, Sonnenberg, Proviantamts-Kontroleur in Stralsund, als Reserve-Magazin-Rendant nach Belgard, Scheringer, Proviantamts-Kontroleur in Stettin, in gleicher Eigenschaft nach Köln versetzt, Mackrodt, Kopsch, Depot-Magazin-Verwalter in Belgard resp. Greifenberg, mit Wahrnehmung der Kontroleurgeschäfte bei den Proviantämtern in Stettin resp. Stralsund beauftragt, Broeßling, Proviantamts-Assistent in Kassel, als Depot-Magazin-Verwalter nach Greifenberg versetzt.

— Das dem Steueraufseher Karl Wilhelm Lange hierselbst unter dem 1. April 1866 ertheilte Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Schlitten-Draisine, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, ist aufgehoben.

— Dem Salarien- und Deposital-Kassen-Rendanten, Rechnungsrath Weise in Bütow ist in Veranlassung seiner Pensionirung der Rothe Adlerorden 4. Klasse verliehen worden.

Stargard, 22. Mai. Gestern Vormittag traf hier der Brigade-Kommandeur Generalmajor von Witzleben zur Inspizirung des hier garnisonirenden Regiments ein. — Das mehrtägige Schützenfest der hiesigen Gilde in der Pfingstwoche bewahrte auch in diesem Jahre seinen Charakter als allgemeines Volksfest. Dasselbe verlief ohne jeden Mißton. Die Königswürde fiel Herrn Burrmeister zu. Die nächstbesten Schüsse wurden geleistet von Herrn Schaller, welcher zum ersten, und Herrn Zimmermann, welcher zum zweiten Ritter proklamirt wurde.

Vermischtes.

— Einfluß der Umdrehung der Erde auf die Form der Baumstämme. Nach den Beobachtungen von Ch. Musset bildet der Durchschnitt der Baumstämme niemals einen Kreis, sondern stets eine Ellipse, deren große Achse immer nahezu mit der Richtung von Ost nach West zusammenfällt. Genauere Bestimmungen mit Hülfe der Bussole ergaben das interessante Resultat, daß dieselbe mit dem Ost- und Westpunkte denselben Winkel bildet, wie die Ebene der Ekliptik mit der Aequator-Ebene. Musset schließt daraus, daß die Umdrehung der Erde auf die Form der Baumstämme einen Einfluß ausübt.

Paris, 18. Mai. Jetzt, wo die Gemüther sich ein Wenig beruhigt haben, kommen auch die komischen Seiten der Wahlemeute zum Vorschein. Herr Emile de Girardin hatte es sich in den Kopf gesetzt, mit aller Gewalt ein rhetorisches Turnier zwischen Ollivier und Bancel zu veranstalten. Bancel hatte diesen modus operandi rundweg refüsirt. Girardin proponirte anfänglich den Zungenkampf in einem ihm angehörenden Lokal in der Rue Lepelletier, wo ein Salon zur Noth 800 Personen fassen konnte. Vierhundert Eintrittskarten sollte Bancel, eben so viele Ollivier zur Vertheilung an ihre respektiven Freunde bekommen und vor Herrn Girardin, der auf erhöhtem Sessel präsidiren wollte die Gladiatoren spielen. Diese Sucht, die Politik theatralisch in Scene zu setzen, berechtigte Bancel vollkommen, bei seiner Weigerung zu beharren und man lacht heute über den Oberregisseur von der „Liberté" und über seine Parforcejagden auf Originalität.

London. Ehe der Nabob Nazim von Bengalen Paris verließ, fiel es ihm ein, um dem englischen Klima besser trotzen zu können, seine Röcke mit Pelzwerk ausfüttern zu lassen. Ein Pariser Schneider vollführte die Arbeit und überreichte mit den sechs Röcken eine kleine Rechnung von 5930 — nicht Frcs. sondern Pfunde Sterling. Der Nabob weigerte sich diese enorme Rechnung zu bezahlen und der Franzose, welcher nicht die mindeste Reduktion derselben zulassen wollte, folgte der indischen Hoheit nach London. Er hatte aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn dort legten sich die englischen Freunde des Nabobs ins Mittel. Die Röcke wurden Sachverständigen zur Prüfung vorgelegt, welche das Pelzwerk für fast werthlos erklärten und der Pariser Schneider war schließlich froh, mit den zerschnittenen Fellen und 200 Pfd. Sterl. für Arbeitslohn und Zeitverlust in der Tasche, die Reise über den Kanal wieder antreten zu können.

— Ein Maler in Burgos wurde auf die Anzeige, er male den Herzog von Madrid, Carlos VII., als König, einem strengen Verhöre unterzogen; es stellte sich jedoch heraus, daß er allerdings eine lebensgroße Figur im Königsmantel und mit allen Insignien der spanischen Könige fertig gemacht hat, daß aber dieser Figur der Kopf fehlt, welchen der Künstler nach seiner Erklärung beizufügen beabsichtigt, sobald die Wahl erfolgt sein wird, um sodann der Erste zu sein, der ein lebensgroßes Bild des Königs hat.

Börsen-Berichte.

Stettin, 22. Mai. Wetter regnig. Wind SW. Temperatur + 14° R.

An der Börse.

Weizen fest, pr. 2125 Pfd. loco gelber inländ. $65\frac{1}{3}$—$67\frac{3}{4}$ Rt. bez, bunter poln. 64—67 Rt., weißer 67—68 Rt., ungar. 54–59 Rt., 83—85pfd. Mai-Juni 67 Rt. bez., Juni-Juli $67\frac{1}{4}$, 67 Rt. bez., Juli-August $67\frac{3}{4}$ Rt. bez, Septbr.-Oktbr. $66\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br.

Roggen unverändert, per 2000 Pfd. loco $50\frac{1}{2}$ bis 52 Rt., feinster $52\frac{1}{2}$ Rt., Mai-Juni 51 Rt. bez. u. Gd, $51\frac{1}{4}$ Br., Juni-Juli $50\frac{3}{4}$ Rt. bez. u. Gd., 51 Br., Juli-August $49\frac{1}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd, Septbr.-Oktbr. 49 Rt. bez. u. Br.

Gerste geschäftslos.

Hafer unverändert, pr. 1300 Pfd. loco $32\frac{1}{2}$—34 Rt., 47—50pfd. Mai-Juni $33\frac{1}{2}$ Rt. bez. u Gd.

Erbsen per 2250 Pfd. loco $52\frac{1}{2}$—$53\frac{1}{2}$ Rt., Koch- 56–57 Rt.

Mais per 100 Pfd. 60, $60\frac{1}{2}$ Sgr. bez.

Winterrübsen per September-Oktober $88\frac{1}{2}$, 88 Rt. bez., $88\frac{1}{2}$ Rt. Br. u. Gd.

Rüböl matt, loco $11\frac{5}{12}$ Rt. Br., Mai $11\frac{1}{4}$ Rt. Br, Mai-Juni $11\frac{1}{6}$ Rt. Br., Septbr.-Oktober $11\frac{1}{3}$, $\frac{7}{24}$ Rt. bez. u. Br., $\frac{1}{4}$ Gd., Sept.-Oktbr. u. Okt.-Nov. im Verbande $11\frac{1}{3}$ Rt. bez.

Spiritus fest, loco ohne Faß $16\frac{5}{6}$, $\frac{7}{8}$, $\frac{11}{12}$ Rt. bez., Mai-Juni $16\frac{19}{24}$ bez., Juni-Juli $16\frac{11}{12}$ Rt. bez., Juli-August $17\frac{1}{4}$ Rt. Br., Aug.-Sept. $17\frac{5}{12}$ Rt. Br., Septbr.-Oktbr. 17 Rt. bez.

Regulirungs-Preise: Weizen 67, Roggen 51, Rüböl $11\frac{1}{6}$, Spiritus $16\frac{19}{24}$.

Landmarkt.

Weizen 60—68 Rt., Roggen 50—53 Rt., Gerste 40—45 Rt., Hafer 32—35 Rt., Erbsen 51—56 Rt., Heu 20—25 Sgr. pr. Centner, Stroh 7–9 Rt., Kartoffeln 12—15 Rt.